

Kliniken Südostbayern AG

B e l e h r u n g

Für

.....
Name, Vorname

Ich wurde heute darauf hingewiesen, dass

1. die unbefugte Offenbarung und Weitergabe von fremden Geheimnissen, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich von Patienten und Beschäftigten gehörendes Geheimnis, sowie von Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse eines anderen, verboten ist;

über die Angelegenheiten des Betriebes Verschwiegenheit zu bewahren ist;

die Schweigepflicht auch nach Beendigung des freiwilligen Einsatzes weiter besteht.

Nach § 203 Strafgesetzbuch wird ein Verstoß mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe belegt.

1. nach § 133 Strafgesetzbuch mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer Schriftstücke oder andere bewegliche Sachen, die sich in dienstlicher Verwahrung befinden oder ihm oder einem anderen dienstlich in Verwahrung gegeben worden sind, zerstört, beschädigt, unbrauchbar macht oder der dienstlichen Verfügung entzieht
2. Ich bestätige den Erhalt des Merkblattes Infektionsprävention. Die darin enthaltenen Maßnahmen werde ich beachten. Ebenfalls habe ich das Informationsblatt des Betriebsarztes erhalten
3. Ich bestätige, dass ich darauf hingewiesen worden bin, dass die Kliniken Südostbayern AG keine Haftung übernimmt, wenn kein ausreichender Impfschutz vorhanden ist
4. gemäß Biostoff- und Gefahrenstoffverordnung sowie Unfallverhütungsvorschrift Personen, die biologischen oder chemischen Gefahrstoffen ausgesetzt sind vor Aufnahme der Tätigkeit unterwiesen und über entsprechende Schutzmaßnahmen informiert werden müssen.

Somit bestätige ich mit meiner Unterschrift den Erhalt der Informationen Freiwillige Helfer, diese durchgelesen und verstanden zu haben.

5. Ich wurde auf die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes, insbesondere die Einhaltung der Ruhezeiten nach § 5 ArbZG hingewiesen.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

**Verpflichtung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der
Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

Name, Vorname.....

wurde darauf verpflichtet, dass es untersagt ist, personenbezogene Daten unbefugt zu verarbeiten. Personenbezogene Daten dürfen daher nur verarbeitet werden, wenn eine Einwilligung bzw. eine gesetzliche Regelung die Verarbeitung erlauben oder eine Verarbeitung dieser Daten vorgeschrieben ist. Die Grundsätze der DSGVO für die Verarbeitung personenbezogener Daten sind in Art. 5 Abs. 1 DSGVO festgelegt und beinhalten im Wesentlichen folgende Verpflichtungen:

Personenbezogene Daten müssen

- a) auf rechtmäßige Weise und in einer für die betroffene Person nachvollziehbaren Weise verarbeitet werden;
- b) für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden;
- c) dem Zweck angemessen und erheblich sowie auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sein („Datenminimierung“);
- d) sachlich richtig und erforderlichenfalls auf dem neuesten Stand sein; es sind alle angemessenen Maßnahmen zu treffen, damit personenbezogene Daten, die im Hinblick auf die Zwecke ihrer Verarbeitung unrichtig sind, unverzüglich gelöscht oder berichtigt werden;
- e) in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist;
- f) in einer Weise verarbeitet werden, die eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet, einschließlich Schutz vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung und vor unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigter Schädigung durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen („Integrität und Vertraulichkeit“).

Verstöße gegen diese Verpflichtung können mit Geldbuße und/oder Freiheitsstrafe geahndet werden. Ein Verstoß kann zugleich eine Verletzung von arbeitsvertraglichen Pflichten oder spezieller Geheimhaltungspflichten darstellen. Auch (zivilrechtliche) Schadenersatzansprüche können sich aus schuldhaften Verstößen gegen diese Verpflichtung ergeben.

Ihre sich aus dem Arbeits- bzw. Dienstvertrag oder gesonderten Vereinbarungen ergebende Vertraulichkeitsverpflichtung und Schweigepflicht wird durch diese Erklärung nicht berührt.

Die Verpflichtung gilt auch nach Beendigung der Tätigkeit weiter.

Ich bestätige diese Verpflichtung. Ein Exemplar der Verpflichtung habe ich erhalten.

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift des Verpflichteten


.....
Unterschrift des Verantwortlichen